

sichtliche Situation beim Abschluß der neuen Handelsverträge: die Sozialistische Partei ist ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung für den Ausschluß der Asiaten eingetreten, sie hat, um diesen durchzusetzen, in der Arbeiterschaft, unter den Farmern und im Kleinbürgertum die regste Agitation entfaltet, die sich vor Abschluß des neuen Vertrags natürlich noch steigern mußte. Ihre Hauptwaffe in diesem Kampfe mußte die Nahrung des Rassenhasses sein, weil sie mit anderen Mitteln auf die Mittelschichten überhaupt nicht einwirken konnte. Im Gegensatz dazu sind die kapitalistische Presse und die Wortführer des Großkapitals in den gesetzgebenden Versammlungen pathetisch für die Völkerverbrüderung eingetreten, sie haben die Gefahren eines Krieges mit Japan, der Stilllegung zahlreicher Betriebe durch einen chinesischen Boykott und der daraus folgenden Arbeiterentlassungen an die Wand gemalt und zugleich die Neger, die Juden der großen Ghettos von New York usw., die „Dagos“ und „Huns“ auf den Rassenhaß, auf die Exklusivität der amerikanischen Arbeiterbewegung, besonders der Gewerkschaften hingewiesen. Nachdem diese Kämpfe das ganze Land in die höchste Aufregung versetzt, wird endlich der neue Handelsvertrag nach dem Diktat der großen Unternehmerverbände, die allein den Senat und fast allein den Kongreß beherrschen, abgeschlossen, die Grenzen sind den Gelben geöffnet.

Genosse Berger verkündet für diesen Fall die soziale Revolution. Will er wirklich Seite an Seite mit Samuel Gompers an der Spitze der A. F. L. gegen die ungeheure Macht der Unternehmerverbände marschieren, die in diesem Falle die weit überwiegende Menge des Proletariats, die Schwarzen und Gelben, die „Dagos“ und „Huns“ auf ihrer Seite haben? Will er die Fahne der sozialen Revolution vorantreiben zum Rassenkampf? Kindliche Utopien des „Realpolitikers“!

Sollte es je so weit kommen, was ich nicht hoffen, nicht glauben will, dann würde sich zeigen, wie recht Genosse Spargo hatte, als er auf dem Parteitag von Chicago den Befürwortern des Ausschlusses von Chinesen, Japanern und Koreanern aus der Union zurief: „Ich sage euch, wenn ihr den Sozialismus in Amerika zum Bankrott führen wollt, so tut es, indem ihr die Majoritätsresolution annehmt.“

## Parteibeziehungen und Parteikämpfe in holland.

Von Henriette Roland-Holst.

### 1. Die Spaltung und ihre allgemeinen Folgen für die Arbeiterbewegung.

In der „Neuen Zeit“ habe ich seinerzeit die Ursachen auseinandergesetzt, die zum Ausschluß eines Teiles der Marxisten aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und damit zur Spaltung in der holländischen Sozialdemokratie führten.<sup>1</sup> Den Grund des Ausschlusses bildete, wie der Leser sich vielleicht erinnern wird, die Weigerung der Redakteure der „Tribune“ — eines unabhängigen marxistischen Wochenblatts —, die Forderung des außerordentlichen Parteitags zu erfüllen und ihr Organ eingehen zu lassen, das durch seine scharfe — das heißt nach der Meinung vieler Marxisten in der Form allzu scharfe —

<sup>1</sup> Siehe die „Neue Zeit“ vom 26. März 1909, Die Spaltung in der holländischen Sozialdemokratie.

Kritik die opportunistisch-reformistische Parteileitung (Parlamentsfraktion, Redaktion des Zentralorgans und Parteivorstand) aufs höchste gereizt hatte. Mit der Forderung des Eingehens der „Tribune“ verband der Parteitag den Beschluß zur Herausgabe eines neuen Wochenblatts, das als Beilage des Zentralorgans unter der unabhängigen Redaktion von J. M. Wibaut und G. Roland-Golft erscheinen und den Marxisten die Gelegenheit bieten sollte, ihre prinzipiellen und taktischen Anschauungen zu verbreiten, auch wo diese von jenen der Parteimehrheit abwichen. Dieser Beschluß brachte einen Teil der Marxisten dazu, in der Partei zu bleiben, trotz des Ausschlusses der „Tribune“-Redakteure, worin auch sie eine unentschuld bare Verletzung der Demokratie erblickten: sie hofften, durch das neue Blatt die Propaganda für ihre Anschauungen unter den 10000 in der S. D. A. P. organisierten Arbeitern erfolgreich führen zu können.

Es scheint uns jetzt, gut anderthalb Jahre nach den oben kurz skizzierten Ereignissen, angebracht, für den Leserkreis der „Neuen Zeit“ über die Entwicklung zu berichten, welche die Dinge seitdem in Holland genommen haben, besonders auch weil der Moment naht, wo der internationale Sozialismus vielleicht Veranlassung hat, sich über unsere Parteiverhältnisse auszusprechen.

Der erste Punkt, der uns dabei beschäftigen wird, sind die Geschehnisse der beiden ungleichen Teile, in die die holländische Sozialdemokratie nach dem Deventer Parteitag auseinanderfiel. Fangen wir mit einem kurzen Bericht über die S. D. P., die neugegründete marxistische Organisation, an. Trotz des Feuereifers der kleinen Schar ihrer Propagandisten, trotz ihrer unermüdblichen schriftlichen und mündlichen Agitation hat sich ihre Mitgliederzahl nur unbedeutend erhöht: nur Schritt für Schritt gelingt es ihr, unter den Massen vorwärts zu dringen; als politischer Faktor kommt sie heute noch kaum in Betracht. Und dies kann uns nicht wundern, wenn wir bedenken, daß die in den modernen Gewerkschaften organisierten geschulten Arbeiter von reformistischen Tendenzen erfüllt sind, die nichtorganisierten Massen der ungeschulten Arbeiter aber entweder hoffnungslos indifferent oder syndikalistischen Neigungen ergeben. Holland mit seinen noch immer rückständigen Verhältnissen, seinem Überwiegen des kolonialen und Geldkapitals sowie des Klein- und Mittelbetriebs in der Sphäre der Industrie, seiner schlechten Schulbildung des Proletariats, seiner schwachen Entwicklung des Klassenbewußtseins — Holland kann einer Partei, die den Klassenkampf in seiner schroffsten, intransigentesten Form führen will, keinen Spielraum für eine schnelle Entwicklung gewähren. Die Zukunft mag — wovon die Genossen der S. D. P. felsenfest überzeugt sind — der marxistischen Partei gehören: die Gegenwart gehört der reformistischen.

Man würde jedoch unrecht tun, die Bedeutung der S. D. P. nur nach ihrer Mitgliederzahl und ihrem geringen politischen Einfluß abzumessen. Diese liegt unseres Erachtens zurzeit unzweifelhaft in der verhältnismäßig bedeutenden sozialistischen Bildungsarbeit, die sie leistet; eine Arbeit, die in den letzten Jahren von der alten Partei — mit einigen Ausnahmen — leider stark vernachlässigt wurde.

Was diese letzte betrifft, so hat die Spaltung ihr äußeres Wachstum nicht im geringsten gestört: im Gegenteil, dieses war während des letzten Jahres ziemlich beträchtlich, was wohl hauptsächlich dem Umstand zuzurechnen ist, daß im Sommer 1909 die allgemeinen Wahlen stattgefunden haben.

Schlimme Folgen jedoch hatte die Spaltung für die innere Entwicklung der Partei. Die Wahrheit gebietet, zu erklären, daß seit dem Deventer Parteitag in ihr ein ununterbrochener Niedergang des Geistes des revolutionären Sozialismus und eine Verdunkelung des Klassenbewußtseins stattgefunden hat, womit selbstverständlich ein offeneres Auftreten des äußersten Revisionismus, der zielbewußt auf eine Allianz mit den Liberalen hinarbeitet, sowie vor allem ein starkes Wachstum jenes haltlosen Opportunismus zusammengeht, der von der Hand in den Mund lebt und in kleinen Tageserfolgen statt in der Erfüllung der Massen mit sozialistischem Bewußtsein die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Politik sieht. Als Äußerung dieses Niederganges — wovon wir immer noch hoffen wollen, daß er nur eine zeitliche Verwirrung bedeutet — nenne ich die parlamentarische Taktik der Fraktion — worüber noch ausführlicher gesprochen werden wird — in der vorigen Parlamentsitzung; die offene Rebellion mancher Parteivertreter im Norden gegen den Beschluß des Haager Parteitags von 1905, der in unserem Programm den Satz über die Förderung von Kleinbäuerlichen Betrieben strich; ferner die (allerdings fehlgeschlagenen) Versuche, ebenfalls im Norden, zu Abmachungen mit den Liberalen bei den Wahlen für die Provinzialstaaten, die im Laufe dieses Sommers stattfanden, sowie das völlige Einschlafen der Wahlrechtsbewegung und der traurige Indifferentismus der organisierten Massen überhaupt.

Gewiß findet dieser Niedergang teilweise seinen Grund in der Schwächung des Marxismus in der S. D. A. P., welche die erste Folge des Deventer Beschlusses war. Wie bekannt, führte der Ausschluß der „Tribuna“-Redakteure zum Austritt weiterer 400 bis 500 Genossen, unter denen sich manche der eifrigsten, kampfesfreudigsten und tüchtigsten Marxisten befanden. Durch diese Schwächung bekamen die reformistischen Elemente freiere Hand, und mit ihrer Macht wuchs ihr Selbstbewußtsein. Jedoch es sind vor allem psychologische Zusammenhänge, welche diesen Niedergang verschulden und das Fehlschlagen der Hoffnungen jener in der alten Partei verbliebenen Marxisten erklären, durch das neue ihnen oktroyierte Organ, das „Weekblad“, die Genossen für ihre prinzipiellen und taktischen Anschauungen zu gewinnen. Die nähere Erörterung der Umstände, die sich dem Wollen und Können der einzelnen übermächtig entgegenstellten, wird uns jetzt beschäftigen.

## 2. Ein Jahr der Parteikämpfe.

Durch die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei, die naturgemäß — wollte sie sich nicht darauf beschränken, als sozialistischer Bildungsverein aufzutreten — die alte in ihren Machtstellungen unaufhaltfam angreifen und daraus zu verdrängen versuchen mußte, wurde der Marxismus in den Augen der übergroßen Mehrheit der Genossen zu einem Feinde, der die Organisation, die ihnen lieb war, schwächen wollte und die Führer, an denen sie hingen, schonungslos herunterriß. Die Wirkungen dieser unerfreulichen Tatsache wurden noch verschlimmert durch den Umstand, daß es sich für die neue Partei, die als Gegensatz zu der alten auftrat, nicht wohl vermeiden ließ, die Wichtigkeit ihrer Anschauungen und Methoden nicht in erster Reihe an der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, sondern an den opportunistischen Verirrungen der S. D. A. P. zu demonstrieren, denn diese bildeten ja ihren Daseinsgrund. Ob die führenden Genossen der S. D. P.

dabei nicht manchmal des Guten zu viel getan und das Maß immer innegehalten haben, das eine kluge Politik erforderte, mag hier unerörtert bleiben. Jedenfalls mußte diese ihnen von den Umständen mehr oder weniger aufgedrungene Taktik die S. D. P. in den Augen großer Teile der Arbeiterschaft als eine Partei erscheinen lassen, die ihre Angriffe nicht so sehr gegen den Kapitalismus als gegen die sozialdemokratische Organisation richtete. Das verletzte ihren gesunden proletarischen Instinkt, der nach Einheit drängt, und diesen ihnen günstigen Umstand gebrauchten die Reformisten und Opportunisten aller Schattierung, wie wohl nicht anders zu erwarten, um ihre eigene Macht zu vergrößern und zu befestigen, indem sie die Massen in erster Reihe gegen die „Eintrachtstörer“, gleichzeitig jedoch auch gegen die Elemente in den eigenen Reihen aufbrachten, die sich zu den gleichen taktischen Anschauungen bekamen. „Drückt die Eintrachtstörer zu Tode!“ wurde das von Genossen Troelstra geprägte, bald populäre Losungswort, das von den dem Banner der S. D. A. P. folgenden Massen wohl schwerlich anders übersetzt werden konnte als: „Gegen die S. D. P. ist alles erlaubt; sie ist der Feind, den es zu vernichten gilt!“

Es kann nicht wundernehmen, daß in einer solchen geistigen Atmosphäre der Haß gegen die als Feind und Konkurrent auftretende Partei des Marxismus auch auf die Marxisten in der eigenen Partei übertragen wurde, besonders auf solche, die ihre Übereinstimmung in den Fragen des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes mit den „Eintrachtstörern“ hervorhoben.

Die großen Fragen und Gegensätze, die den Kampf der Richtungen vor Deventer beherrschten — die erste Frage: Opportunistische oder prinzipielle Politik der Parlamentsfraktion, Einschränkung unserer Forderungen zum Zweck der möglichen Gewinnung kleiner Vorteile oder rücksichtsloser Kampf? die zweite: Mehr oder weniger festes Zusammengehen mit den Liberalen oder selbständige Politik? die dritte: Eine unabhängige Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Gewerkschaftsbewegung? — diese großen Gegensätze und Fragen ließe natürlich auch nach der Spaltung in der S. D. A. P. bestehen. Die Situation stellte die in ihr verbliebenen Marxisten vor folgende Alternative: Entweder sie führten den Kampf um die richtige Taktik in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den Gesinnungsgenossen der S. D. P., wenn auch der Form nach weniger schroff, weiter und gebrauchten das neue Organ, wie es ihr gutes Recht und in Deventer ausdrücklich stipuliert war, als eine Waffe in diesem Kampfe. Dann aber war es unvermeidlich,<sup>1</sup> daß es dem Opportunismus gelingen würde, sie bei der Masse der Genossen als „Vorposten des Feindes im eigenen Lager“ verdächtig zu machen und auf diese Weise eine Stimmung des Argwohns und der äußersten Unuldgsamkeit gegen sie wachzurufen, die ihnen jede Möglichkeit einer erfolgreichen Propaganda raubte und den Boden unter den Füßen entzog.

Oder aber: sie paßten sich der augenblicklichen Situation mehr oder weniger an und versuchten sich in den neuen Verhältnissen so gut als möglich einzurichten, statt ihnen zu trotzen. Dies heißt: sie hielten mit der Kritik im allgemeinen zurück, besonders aber dort, wo sie Grund zur Meinung hatten, diese würde die führenden Genossen aufbringen, oder sie trugen ihre kritische Bedenken erst vor, wenn der betreffende Fall erledigt war und die Kritik

<sup>1</sup> Diese Unvermeidlichkeit wurde der Verfasserin selbstverständlich erst im Laufe der Entwicklung klar.

keinen Einfluß mehr auf die Gestaltung der Dinge ausüben konnte. Sie beschränkte sich in ihrem Blatte auf die Erörterung theoretischer Fragen sowie solcher Punkte, die in der Partei kein Gegenstand des Streites waren oder kein aktuelles Interesse beanspruchten. Kurz, sie verzichteten darauf, auf die Praxis, auf das Handeln unmittelbar einzuwirken. Bei einer solchen Haltung — jedoch nur bei einer solchen — war dem neuen Organ der Weg gebahnt, nicht wie ein Fremdkörper in der Partei empfunden und von dieser nicht nur bloß „geduldet“, sondern dem Parteileben in normaler Weise einverleibt zu werden. Nur wenn der Marxismus sich, wenigstens zeitweilig, seines kämpfenden Charakters entäußerte, unpolitisch und friedfertig wurde, konnte er die Verbitterung der Parteimehrheit entwaffnen und ihr Ohr gewinnen.

Forderte die Klugheit nicht, diese „taktische Wendung“ zu vollziehen? Schien es nicht geboten, zuerst durch „Mäßigung“ und Zurückhaltung einen Stützpunkt in der Partei zu gewinnen, statt die kämpfende und kritische Seite herauszukehren und dadurch unvermeidlich neue Parteikämpfe heraufzubeschwören, in denen die Marxisten, wie wir oben klarlegten, sich von vornherein in einer äußerst ungünstigen Position befanden?

Manche unter dem kleinen Kreis von Genossen, die sich um das „Weekblad“ scharten, waren geneigt, diese Frage zu bejahen: der Weg der „friedlichen Durchdringung“ schien ihnen jetzt der richtige.

Aber den Vorteilen, die das Verfolgen dieses Weges brachte, standen meines Erachtens größere Nachteile gegenüber. Durch ein Auftreten, wie oben angegeben, wurde der Marxismus von der herrschenden Parteirichtung auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt. Er mußte sich hauptsächlich mit theoretischer Propaganda begnügen und darauf verzichten, die Konsequenzen seiner Prinzipien in der tagtäglichen Praxis zu ziehen. Und er mußte damit faktisch die Grundanschauung des Marxismus selbst aufgeben, jene Anschauung, die Marx schon in den „Thesen über Feuerbach“ niedergelegt hat und die das Handeln unmittelbar mit dem Denken verbindet. Er mußte sich damit zufriedienstellen, die Welt zu interpretieren, statt dahin zu streben, sie zu verändern, die treibende Kraft in der Arbeiterbewegung zu sein.

Nein, zu einer solchen Rolle durfte der Marxismus sich nie und nimmer hergeben. Er durfte dem Opportunismus nie und nimmer die Praxis, das Handeln überlassen, um sich in die ruhigen Gefilde der Theorie zurückzuziehen. Er durfte nicht durch sein eigenes Auftreten den vom Opportunismus in den Massen gezüchteten verhängnisvollen Irrtum stärken, daß Theorie und Bewegung unabhängig voneinander seien.

Wenn auch bei den Unterschieden der Anlage, des Temperaments und des Charakters unter den Redakteuren und Mitarbeitern des „Weekblad“ selbstverständlich keine volle Einheitlichkeit in der Führung des Blattes erreicht werden konnte, so kann man doch im allgemeinen sagen, daß es während des ersten Jahres seines Bestehens zum kämpfenden Marxismus neigte. Besonders zeigte sich dies, als das Vorgehen der Fraktion während des Herbstes und Winters 1909/10 durch ihren weitgehenden Opportunismus und ihr beständiges Sinneigen zur liberalen Partei diese Kritik in hohem Maße herausforderte.

Des Raummangels wegen sind wir leider gezwungen, alle anderen Punkte, in denen diese Kritik einsetzte, zu übergehen, um uns auf den wichtigsten zu beschränken, das heißt auf den heißen Streit, der in der Frage der unentgeltlichen staatlichen Altersversorgung ausbrach.

Die unentgeltliche Altersversorgung ist seit Jahr und Tag von der Gesamtpartei ohne Unterschied der Richtung eifrig propagiert worden. Und wie vielleicht keine andere unserer Forderungen ist sie den Massen in Fleisch und Blut übergegangen. Noch bei den letzten Wahlen bildete sie nebst dem allgemeinen Wahlrecht und dem Zehnstundentag das Wahlprogramm der S. D. A. P., und dies gegen den Willen eines Teiles der Marxisten, die anlässlich der allgemeinen Situation die Aufstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Männer und Frauen als alleinige Forderung für geboten erachteten. Scharf wurde damals im Zentralorgan die schwankende Haltung des Freisinns und die Zweideutigkeit der liberalen Partei gerügt, die, um die Arbeiter zu ködern, sich plötzlich für ein Altersrentengesetz, „vorzüglich in der Richtung der unentgeltlichen staatlichen Versorgung“, erklärte.

Die Wahlen fielen zugunsten der christlichen Koalition aus. Unaufhörliche Fortsetzung der Agitation für die unentgeltliche staatliche Versorgung schien mehr denn je notwendig, um eventuellen Plänen der Regierung zur Einführung einer Zwangsversicherung vorzubeugen. Da äußerte Genosse Troelstra sich in der Parlamentsitzung des 18. November ganz unerwartet dahin, da nun einmal die Mehrheit der Wähler sich gegen die unentgeltliche staatliche Versorgung und für die Zwangsversicherung erklärt hatte, würde die Partei, „wenn auch prinzipiell auf ihrem Standpunkt verharrend“, sich in der Praxis darauf beschränken müssen, für Befreiung der schlechtest entlohnerten Arbeiter von der Prämienzahlung zu kämpfen. Im selben Sinne, jedoch noch bestimmter und schärfer, äußerte der politische Führer der S. D. A. P. sich im Zentralorgan sowie in einer großen Volksversammlung in Amsterdam.

Diese Äußerungen erregten ungeheures Aufsehen in weiten Kreisen. Der „Tribune“ lieferten sie reichliches Agitationsmaterial zur Begründung ihrer Beschuldigung des opportunistischen Verfalls der S. D. A. P. Die Kritik im „Weekblad“, wenn auch in der Form gemäßigter, hielt nicht mit ihrer Ansicht zurück, daß solche Äußerungen eine schwere Schädigung für die sozialistische Bewegung bedeuteten und eine solche Taktik des Entgegenkommens die denkbar schlechteste sei. Auch die Gewerkschaftspresse fing an, sich zu rühren. Im Organ des Diamantarbeiterverbandes erklärte Genosse Polak, die Fortsetzung der Agitation für die unentgeltliche staatliche Versorgung sei durch das Auftreten Troelstras gelähmt worden. Der Opportunismus schien über das Ziel hinausgeschossen zu haben. Als der Parteitag herannahte, zeigte sich die Beunruhigung der Partei in der verhältnismäßig großen Anzahl der Anträge in dieser Frage, von denen die meisten praktisch darauf hinausliefen, die Partei solle nach wie vor an der Forderung der unentgeltlichen staatlichen Versorgung festhalten. Da fingen die Redaktion des Zentralorgans sowie die Genossen Troelstra und Schaper eine heftige Gegenkampagne an, in der zu den alten Vorwürfen des starren Dogmatismus usw. gegen die marxistische Kritik sich der neue, wirksame gefellte: von der „Tribune“ inspiriert zu sein.

Die zweite wichtige Frage, mit der der Parteitag sich befassen sollte, war die Agitation für das allgemeine Wahlrecht. Der Parteivorstand hatte im Einverständnis mit dem Vorstand des Verbandes der Gewerkschaften einen Antrag zur Absendung von Petitionen ausgearbeitet: Die Anwendung dieses neuen Mittels in der Wahlrechtsbewegung wurde von der S. D. P. äußerst abfällig beurteilt, sie sah darin eine Wettelei um ein Recht, das nur durch Kampf errungen werden konnte. Den S. D. A. P.-Marxisten schien dieser

Standpunkt zu absolut: durch das Mittel der Petitionen, hofften sie, ließ sich vielleicht die fast gänzlich eingeschlafene Agitation für das allgemeine Wahlrecht wieder in Gang bringen. Indes waren sich ihre radikalere Elemente der Gefahr wohl bewußt, es könnte auf diesem Wege der Klassencharakter der Wahlrechtsbewegung leicht verdunkelt und die Tatsache vergessen werden, daß das Wahlrecht nur durch hartnäckigen Kampf gegen die ganze Bourgeoisie, nicht durch Zusammengehen mit der liberalen Partei zu erobern sei. Sie brachten deshalb zum Antrag des Parteivorstandes ein Amendement ein, das bezweckte, der geplanten Agitation eine gute theoretische Grundlage zu geben durch die Hervorhebung der Verschärfung der Klassengegenstände und der damit zusammenhängenden Notwendigkeit, die Massen für die Anwendung schärferer Kampfmittel zu schulen. Die so amendierte Resolution sollte ihnen die Möglichkeit gewähren, die Propaganda für den Massenstreik unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu führen, ohne gleich als halbe Anarchisten oder revolutionäre Träumer verschrien zu werden. Die ganze Wahlrechtsfrage und ihr Zusammenhang mit der inneren und äußeren Politik wurde von den Marxisten in der Parteipresse, in Broschüren usw. eifrig erörtert.

Mit diesen taktischen Fragen waren jedoch die Angelegenheiten keineswegs erschöpft, die auf dem Parteitag Anlaß zu heftigen Debatten geben sollten. Mit dem Punkt „Redaktion des ‚Weekblad‘“ hingen nicht nur die oben erörterten taktischen Differenzen innerhalb der S. D. A. P., sondern auch, wie begreiflich, deren Stellung zur neuen Partei zusammen.

Ein Jahr lang hatte jetzt der Bruderzwist zwischen den beiden sozialistischen Parteien getobt, und es versteht sich, daß die Stellung der S. D. A. P.-Marxisten in diesem Kampfe keine beneidenswerte war und der Zwiespalt zwischen der Pflicht der Parteizugehörigkeit und jener der Gesinnungsgenossenschaft sie oft in eine schwierige Lage versetzte. Die Genossen jener Länder, wo die sozialistische Entwicklung ebenfalls den qualvollen Weg einer Spaltung eingeschlagen hat, wissen aus eigener Erfahrung, wie der Bruderzwist unvermeidlich unerquickliche Nebenerscheinungen hervorruft, wie Gehässigkeit, hämische Angriffe, eigene Überhebung und Ungerechtigkeit gegen den Gegner. Auch in unserem Lande geht es in diesem Kampfe nicht, ohne daß manche Äußerung fällt und manche Tat geschieht, die zwar aus der beiderseitigen Erbitterung erklärlich, aber deshalb moralisch noch nicht gerechtfertigt ist.<sup>1</sup>

Unter diesen Umständen hielt die Redaktion des „Weekblad“ es für ihre Pflicht, gegen jede Ausartung des Kampfes — wie zum Beispiel die Vergewaltigung der Diskussionsredner der S. D. P. auf unseren Versammlungen —

<sup>1</sup> Es soll jedoch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß von der Seite der S. D. P., wenn wir ihr auch nicht zugeben können, den Kampf immer in ganz einwandfreier Weise geführt zu haben, doch durchgehend in der „Tribune“ wie in Versammlungen versucht wurde, sachlich zu diskutieren, das heißt bei aller persönlichen Schärfe den Kampf als einen Kampf der beiden großen Richtungen in der internationalen Sozialdemokratie zu führen. Dies ist ja im Wesen des Marxismus begründet, der die Personen immer als Träger gesellschaftlicher Tendenzen und Strömungen auffaßt. Von revisionistischer und opportunistischer Seite dagegen wurde fast nur durch persönliche Angriffe gekämpft und nie freiwillig auf die tieferen sachlichen Differenzen eingegangen. Dies kann uns nicht wundern, wenn wir bedenken, wie der Opportunismus seiner Natur nach geneigt ist, das persönliche Moment hervorzukehren und zu übertreiben: auch in dieser Hinsicht zeigt sich seine Verwandtschaft mit der bürgerlichen Weltanschauung.

zu protestieren und immer wieder auf seine sachliche Führung zu dringen: sie meinte, damit der eigenen Partei den besten Dienst zu erweisen. So erhielt waren jedoch die Gemüter, daß die einfache Forderung der elementarsten Gerechtigkeit dem Gegner gegenüber von der übergroßen Mehrheit der Genossen als unerträgliches „Einverständnis mit dem Feinde“ empfunden wurde. Als dann die Verfasserin es im November 1909 wagte, ein Schreiben an das Internationale sozialistische Bureau zu richten, in dem sie ihre Überzeugung aussprach, daß der S. D. P., als einer Partei, die völlig auf der Grundlage der internationalen Sozialdemokratie stehe, die Zulassung zum Bureau gebühre, wurde diese Tat von den Revisionisten und Opportunisten als ein ungehöriger Bruch der Disziplin dargestellt — von jenen selben Elementen also, die nicht zaudern, sich überall und allezeit, wo es ihnen gutdünkt, über Programmforderungen und Parteibeschlüsse hinwegzusetzen.<sup>1</sup>

Schließlich knüpfte sich noch an den Punkt „Redaktion des „Weekblad““ die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur Gewerkschaftsbewegung. Im Laufe des Winters wurden die föderierten (syndikalistischen) Bauarbeiter zu Amsterdam wegen eines partiellen Streiks ausgesperrt. Der Verband der Gewerkschaften, der den Vorstoß der syndikalistischen Organisation als im Grunde gegen sich gerichtet betrachtete, hielt sich abseits vom Kampfe und forderte auch nicht zur Unterstützung der Ausgesperrten auf. Weder der Parteivorstand noch das Zentralorgan unserer Partei hatten zum Kampfe, der in der gesamten Arbeiterschaft viel Aufsehen erregte, Stellung genommen: Sie beschränkten sich auf einfache Berichterstattung. Die S. D. P. dagegen drang auf energische moralische und finanzielle Unterstützung der Ausgesperrten, wenn sie auch ausdrücklich erklärte, mit deren syndikalistischen Auffassungen keineswegs einverstanden zu sein. Auch das „Weekblad“ äußerte sich dahin, die Sozialdemokratie sollte sich der kämpfenden Arbeiter annehmen. Deren verkehrte Methoden und mangelnde Einsicht dürften angesichts des brutalen Vorgehens der Unternehmer für die Sozialdemokratie keinen Grund bilden, dem Kampfe als unbeteiligte Zuschauerin zuzusehen und somit an einem eventuellen Mißlingen moralisch mitverantwortlich zu werden. Nicht durch ein Abseitsstehen, das nur den Unternehmern nütze und den Zwiespalt in der Arbeiterwelt verschlimmern konnte, sondern durch Verbreitung besserer Einsicht habe man die Syndikalisten für die Methode der modernen Gewerkschaftsbewegung zu erziehen.<sup>2</sup>

Wenn man bedenkt, daß die S. D. A. P. während der letzten Jahre immer mehr in geistige Abhängigkeit von dem Verband der Gewerkschaften geraten ist, dieser jedoch den Kampf der syndikalistischen Bauarbeiter als einen nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung gerichteten Angriff betrachtete und dementsprechend sein Verhalten einrichtete, dann wird es erklärlich, daß von allen gegen den kämpfenden Marxismus ex-

<sup>1</sup> Da die marxistische Minorität im Parteivorstand sich mit der opportunistischen Majorität gegen die Zulassung der S. D. P. aussprach, war dies „individualistische“ Vorgehen unerlässlich, sollten die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie nicht irrtümlich meinen, es seien alle holländischen Marxisten innerhalb der S. D. P. in diesem Falle einig mit der Parteimehrheit, welche die S. D. P. als eine bloße Gruppe von Störenfriede betrachtete und ihr jede Existenzberechtigung absprach.

<sup>2</sup> Genosse Wibaut teilte diese Anschauung seiner Mitredakteurin nicht, hielt jedoch aus Solidarität mit ihr, die damals von allen Seiten angegriffen wurde, die Äußerung seiner abweichenden Meinung zurück, wie er auf dem Parteitag erklärte.



hohenen Vorwürfen der „Schädigung der Interessen der Gewerkschaftsbewegung“ dieser vielleicht bei der übergroßen Mehrheit die unbedingteste Zustimmung fand.

### 3. Der Parteitag zu Leeuwarden.

Der Parteitag kam. Wie oft zuvor, war es auch diesmal den Bemühungen des einflussreichsten Wortführers der opportunistischen Richtung, Genossen Troelstra, sowie der Redaktion des Zentralorgans gelungen, die Kritiker der marxistischen Minorität dadurch zu diskreditieren, daß sie diese als von fektiererischem Geiste und dogmatischen Schrullen eingegeben darstellten. Das Auftreten des kämpfenden Marxismus in der Wahlrechtsfrage wurde kurz und gut für „partei verderbend“ erklärt und ihm unterschoben, er lasse sich bei seinen Vorschlägen nicht von den Interessen des Proletariats, sondern von der Rücksicht auf die eigene Stellung in der Partei leiten. Der Marxismus mußte wieder einmal nach allen Regeln abgeschlachtet werden.

Diese Stimmungsmache erreichte vollkommen ihren Zweck. Schon vor dem Parteitag war die Opposition in der Frage der Altersversorgung größtenteils zusammengebrochen. Manche Ortsgruppen zogen ihre Anträge zurück, da sie bemerkten, daß diese der Fraktion unangenehm wären.

Leider wurde der Parteimehrheit ihr schon ohnehin gewisser Sieg dadurch erleichtert, daß die Opposition sich sowohl in dem Punkte der Wahlrechtsbewegung wie in jenem der Altersversorgung spaltete. In der letzten Angelegenheit hatte der Parteivorstand den folgenden Antrag gestellt:

„Der Parteitag beschließt, die Agitation für unentgeltliche staatliche Altersversorgung ungeschwächt weiterzuführen und spricht sein volles Vertrauen aus, daß die Fraktion auch ihrerseits mit unverminderter Kraft dafür eintreten wird.“

Demgegenüber wurden von einigen Ortsgruppen Anträge eingebracht, welche die Äußerungen Troelstras unter anderem bedauerten, erklärten, sie seien geeignet, der Agitation zu schaden, und die Ablehnung jeder Zwangsversicherung seitens der Fraktion ausdrücklich verlangten.

Jedoch über keinen dieser Anträge wurde abgestimmt, weil der Parteitag sich mit großer Mehrheit (288 gegen 77) für einen Antrag aussprach, der der Fraktion volles Vertrauen ohne nähere Begründung aussprach.

Im Zusammenhang mit dem Inhalt der Diskussion bedeutete die Annahme dieses Antrags praktisch die Diktatur der Fraktion.

Was die Wahlrechtsbewegung betrifft, hatte der Parteivorstand einen Vermittlungsantrag eingebracht. Die kämpfenden Marxisten glaubten — angesichts der politischen Verhältnisse in Holland wie im Ausland, der Neigung unserer Partei, das Wahlrecht vom Siege der Liberalen zu erwarten, und der Abneigung der Gewerkschaftszentrale, die Agitation für den Massenstreik zu dulden, geschweige denn zu führen —, ihr Amendement einbringen zu müssen. Es wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Besonders in dieser so wichtigen Angelegenheit erschien das Auftreten des kämpfenden Marxismus als letzter, hoffnungsloser Versuch einer kleinen Gruppe, ohne nennenswerten Anhang in der Partei. Der kämpfende und der friedfertige Marxismus fielen offenbar auseinander, der erstere war auf ein kleines Häufchen zusammengeschrumpft, das mit Recht sagen konnte, alles verloren zu haben außer der Ehre.

Nur in der Sache der „Weekblad“-Redaktion hielten die Marxisten verschiedener Schattierung geschlossen stand und kämpften sie Schulter an Schulter. Hier errangen sie auch einen „moralischen Erfolg“. Nicht nur, daß die alte

Redaktion mit denselben Befugnissen wieder eingesetzt wurde — was angesichts der unerhörten Heftigkeit, womit ein Teil der Revisionsisten gegen den kriegerischen Marxismus vorging, und bei dem völligen Verlöschen aller Sympathien in der Partei für diese Richtung schon ziemlich bemerkenswert war, sie setzte sogar nach tumultuarischen Szenen einen Antrag durch, der erklärte, daß die Redaktion „sich bei ihrem Auftreten ausschließlich durch ihre Anschauungen vom Parteinteresse hatte leiten lassen“. Die Mehrheit des Vorstandes empfahl die Annahme dieser Resolution!

Der Grund dieses, nach all dem, was vorhergegangen war, ziemlich befremdlichen Geschneiffes lag darin, daß die Ablehnung dieser Resolution nicht nur die Weigerung der „Weekblad“-Redaktion, ihre Aufgabe weiterzuführen, sondern wahrscheinlich auch den Austritt sämtlicher Marxisten aus der Partei oder jedenfalls ihren Rücktritt vom öffentlichen Parteileben bedeutet hätte. Und zu diesem Äußersten wollte die Majorität es keineswegs kommen lassen. War es ihr doch weit günstiger, einen Teil der Marxisten in der Partei festzuhalten. Und gerade deshalb, weil die völlige Isoliertheit und Einflußlosigkeit des radikalen Flügels der Partei auf dem Parteitag ans Licht getreten war, konnte die Mehrheit sich die Annahme dieser Resolution gestatten. Nur die hitzigsten Elemente der Parteimehrheit, jene jungen Draufgänger des Reformismus, die offen auf ein Bündnis mit den Liberalen hinarbeiten wollten, widersetzten sich der Annahme.

Jedoch die Heftigkeit der vor wie auf dem Parteitag gegen das „Weekblad“ erhobenen Vorwürfe und die von verschiedenen Seiten ausgesprochene Drohung, die Fortsetzung einer derartigen „maßlosen“ Kritik um keinen Preis zu dulden, konnten der Redaktion keine Illusionen in betreff der Weiterführung ihrer Aufgabe lassen. Von wirklicher Freiheit der Kritik war in der S. D. A. P. keine Rede. Wenn die opportunistische Parteiführung dem Marxismus auch die materiellen Mittel in die Hand gegeben hatte, für die Verbreitung seiner Anschauungen zu wirken, so raubte sie ihm jedesmal, wo es ihr notwendig erschien, durch ihre geschickte, dem Entwicklungsgrad, den Vorurteilen und der Augenblicksstimmung der Massen angepaßte Demagogie jede Möglichkeit, diese Mittel auch erfolgreich anzuwenden. Zwar war dies schon seit dem Jahre 1905 regelmäßig geschehen; jedoch mit der Parteispaltung waren, wie wir schon ausgeführt haben, Umstände eingetreten, welche diese Taktik des Opportunismus außerordentlich begünstigten, und die Lage des kämpfenden Marxismus in der S. D. A. P. zu einer hoffnungslosen machten. Diese Auffassung drängte mich, die Redaktion des „Weekblad“ niederzulegen.

Jedenfalls wird künftig, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreffen, der Kampf für die marxistische Taktik, das heißt für die volle geistige und politische Selbständigkeit des Proletariats und seine Durchbringung mit revolutionärem Bewußtsein am kräftigsten von der S. D. P. geführt werden. Und in diesem Umstand liegt die Antwort enthalten auf die Frage, unter welchem Gesichtspunkt der internationale Marxismus die holländischen Parteikämpfe beurteilen und wie er sich zu ihnen verhalten muß.

Die Verfasserin dieses Artikels hat den Weg, den die sozialistische Entwicklung in Holland genommen hat, nicht gewünscht und nicht gefördert. Im Gegenteil: sie hat sich dem Betreten dieses Wegs widersetzt, so lange der Kampf für die marxistische Taktik ihr in der S. D. A. P. nicht aussichtslos

erschien. Ihr schien der so langwierige und dornenvolle Weg, der der Spaltung des schon unter dem Banner des Sozialismus gesammelten Proletariats, nicht unbedingt geboten. Und heute noch steht sie auf dem Standpunkt, daß es besser gewesen wäre, wenn alle Marxisten zugestimmt hätten, das Experiment mit dem „Weekblad“ zu versuchen. Wäre es auch mißlungen — und es ist heute offenbar, daß die Parteimehrheit die Kritik auf keinen Fall dulden will, auch wenn sie in gemäßigtester Form vorgebracht wird —, und wäre dann die Spaltung eingetreten, so wäre dabei die Einigkeit der Marxisten bewahrt geblieben.

Heute aber haben wir nicht mit frommen Wünschen, sondern mit historischen Tatsachen und Verhältnissen zu rechnen. Die S. D. P. ist nun einmal da; die Umstände haben sie zur kräftigsten Kämpferin für jene Methoden der politischen Praxis gemacht, in denen der Marxismus den kürzesten und sichersten Weg fürs Proletariat erblickt, ans Ziel zu kommen. Und aus dieser Situation erwächst für den internationalen Marxismus die Pflicht, die S. D. P. nach Kräften zu unterstützen. Er kann dies im Moment am besten dadurch tun, daß er für ihre Zulassung ins Internationale sozialistische Bureau, das heißt für ihre Anerkennung als ein Teil der internationalen Sozialdemokratie eintritt.

Dadurch, und dadurch allein, läßt sich im Augenblick für die künftige Wiederherstellung der sozialistischen Einigkeit in unserem Lande wirken. Diese wird — abgesehen von unvorhergesehenen Ereignissen in der ausländischen oder nationalen Politik — um so eher zustande kommen, je schneller es der S. D. P. gelingt, die Vorhut des bisher noch unorganisierten Proletariats, das verspricht, ihr bestes Arbeitsfeld zu werden, um sich zu sammeln und zu organisieren, in gleicher Weise, wie die S. D. A. P. die Vorhut der organisierten Arbeiterschaft um sich gesammelt hat. Ihre Anerkennung durch den Kopenhagener Kongreß als vollberechtigtes Mitglied der internationalen sozialistischen Familie würde der S. D. P. dies Streben wesentlich erleichtern. Möge sie ihr deshalb nicht verweigert werden.

## Notizen.

**Auch ein Beitrag zur Einwanderungsfrage.** „Weekly People“, das von De Leon redigierte Organ der S. L. P. (Sozialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten, nicht zu verwechseln mit der S. P., der Sozialistischen Partei, die kürzlich ihren Kongreß in Chicago abgehalten hat) bringt in seiner Nummer vom 16. Juli dieses Jahres als Probe der Art, wie in Kalifornien gegen die „Gelben“ agitiert wird, den Aufruf eines „Publikationskomitees der streikenden Arbeiter von Craigs Schiffbauanstalt“. In diesem Aufruf, der sich an die Sympathie und das Wohlwollen („benevolence“) der Bürger und Kaufleute von Long Beach wendet, heißt es: „Wir wollen uns vor der Öffentlichkeit von Long Beach in das richtige Licht setzen, damit unser Kampf keinen Mißverständnissen begegne. Wißt ihr, Bürger und Kaufleute von Long Beach, daß Craigs Schiffbauanstalt die einzige an den pazifischen Küsten ist, die Japaner beschäftigt? 90 Prozent der ungelehrten Arbeiter bestanden vor Ausbruch des Streiks aus Japanern letzten Ranges, aus Leuten, die im Schiffbau zu unterrichten unmöglich wäre, selbst wenn sich jemand dazu hergäbe, das zu tun.“

„Eine Reihe von Fragen wird den Sachverhalt aufklären: Wißte Mr. Craig, daß japanische Arbeiter zu einer Arbeit zehn Tage brauchten, die Weiße in zehn Stunden erledigen? Ja, er wußte es. (Diese Aufstellung enthält keine Übertreibung.) Versuchte nun Mr. Craig dem übel dadurch abzuwehren, daß er die Japaner entließ und dafür Weiße einstellte, die an Gehirn- und Muskelkraft zu dieser Art Arbeit besser qualifiziert sind? Nein, Mr. Craig tat das nicht. Was tat er also? Zur